

Die Linke Hamburg fordert eine Umkehr im Gesundheitswesen

(Beschluss des Landesparteitages 2014)

Vom Gesundheitswesen zum Gesundheitsmarkt

Das deutsche Gesundheitswesen mutiert zum Gesundheitsmarkt. Wachstum- und Gewinnmöglichkeiten auf dem Gesundheitsmarkt sind verlockend. Sie werden für die nächsten Jahre auf 540 Milliarden Euro geschätzt. Nicht nur Pharmaunternehmen und die Medizingerätebranche wollen davon profitieren. Auch die Versicherungswirtschaft sieht riesige Begehrlichkeiten, wenn die gesetzliche Krankenversicherung nur noch für die Grundversorgung zuständig ist. Wer mehr an Leistungen erwartet, muss eine Zusatzversicherung abschließen. Der Versicherte kann bereits seit einigen Jahren zwischen dem Angebot von Wahltarifen, Kostenerstattung und Sachleistung wählen. Die paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung wurde durch den Sonderbeitrag von 0,9 Prozent für die Arbeitnehmer ausgehebelt, während die Arbeitgeber entlastet wurden und einen festgeschriebenen Beitrag nur noch leisten. Mit der Einführung von Elementen des Marktes, wozu auch der Wettbewerb gehört, wurde das soziale System der Gesetzlichen Krankenversicherung aufgebrochen. Sukzessiv wird es ausgehöhlt.

Einkaufsmodelle, wie sie Einzelverträge zwischen Krankenkassen und niedergelassenen Ärzten, Modell der integrierten Versorgung (IV), elektive Verträge zwischen Krankenkassen und Krankenhäusern darstellen, beschleunigen den Zerfall der sozialen gesetzlichen Krankenversicherung. Durch die Gesundheitsreformen der vergangenen Jahre wurden Krankenkassen zu Unternehmen am Markt umgebaut. Charakteristisch dafür ist auch der Abschluss von Rabattverträgen durch Krankenkassen mit Pharmaunternehmen. Im ambulanten Versorgungsbereich haben in den vergangenen Jahren auch Kapitalgesellschaften Einfluss auf die Steuerung neuer Versorgungsstrukturen, wie Medizinische Versorgungszentren (MVZ), genommen. Gesundheitsindustrie, Krankenhausmanager und Finanzinvestoren basteln an Geschäftsmodellen, um in die ambulante Versorgung einzusteigen.

Am deutlichsten erkennbar wird die Privatisierung des Gesundheitswesens im Krankenhausbereich. Mit der Krise des Systems und der gesetzlich

festgeschriebenen Schuldenbremse werden öffentliche Träger von Krankenhäusern vor weiteren Privatisierungsentscheidungen gestellt werden. Die gegenwärtige Aufteilung des Krankenhausmarktes sieht folgendermaßen 2013 aus:

Privatisierungswelle 1991 bis 2010 im Krankensektor

Öffentliche Krankenhausträger: 596, freigemeinnützige Krankenhausträger: 706, privatwirtschaftliche Krankenhausträger: 693. Gesamt 1.995. In den Jahren von 1991 bis 2013 reduzierte sich die Anzahl der Krankenhäuser um 416. Wie gegen den Wählerwillen privatisiert wurde, zeigt das Beispiel des Landesbetriebes Krankenhäuser (LBK) Hamburg. Mit dem Slogan „Gesundheit ist keine Ware“ stimmten im Februar 2004 76,8 Prozent der Wähler in einer Volksentscheidung für einen Verbleib der Kliniken in öffentlicher Hand. Über diese demokratische Entscheidung setzte sich der CDU geführte Senat unter von Beust hinweg.

Mit dem Verkauf des Landesbetriebes Krankenhäuser (LBK), hat Hamburg mit Ausnahme des Universitätsklinikum Eppendorf (UKE), einen Krankenhausmarkt geschaffen, der vom Asklepios Konzern beherrscht wird. Grund der Privatisierung war die steigende Verschuldung des öffentlichen Unternehmens.

Im Jahr 1995 wurde der LBK als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts gegründet, deren Träger die Freie und Hansestadt Hamburg war. Die Arbeitsverhältnisse der bisher in den städtischen Krankenhäusern tätigen Arbeitnehmer gingen auf den LBK über. Für den Fall der Privatisierung wurde allen in den Kliniken Beschäftigten ein Rückkehrrecht in den öffentlichen Dienst gewährt. 2010 urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass auch jene Arbeitnehmer ein Rückkehrrecht in den öffentlichen Dienst haben, die in den Tochterfirmen des damaligen LBK, CleaniG und TexiG, als Reinigungskräfte beschäftigt waren (Gleichheitsgrundsatz). Damit musste das Gesetz über den Hamburgischen Versorgungsfonds verfassungskonform geändert werden.

Mit der Auslagerung der öffentlichen Altersversorgung wurde quasi die Privatisierung erst möglich gemacht. Das Unternehmen war beim Verkauf an Asklepios weitgehend entschuldet. Die Kosten der Alterssicherung wurden der öffentlichen Hand überlassen. Damit fand Asklepios eine deutlich verbesserte Wettbewerbssituation vor. Der Landshaushalt wurde 2010 durch die LBK-

Rückkehrer mit etwa 76 Millionen Euro belastet. Die Folgekosten steigen weiter an.

„Wie Asklepios den Hamburger Haushalt plündert“, lautete eine Veranstaltung 2011 mit dem Bürgerschaftsabgeordneten der SPD Dr. Martin Schäfer. Anliegen des Abgeordneten war, die Privatisierung „ans Licht zu bringen“. Während die Presse über eine Verschuldung des LBK mit 500 Euro und Pensionszahlungen von rund 40 Millionen Euro pro Jahr berichtete, verkaufte der CDU geführte Senat den LBK für 318 Millionen Euro. Aufgrund der Vertragsgestaltung bezahlte Asklepios nur 200 Euro. Genehmigt wurde der Verkauf durch den Hamburger Senat am 16. Dezember 2004. Während Asklepios durch das Rückkehrrecht der Mitarbeiter keine Massenentlassungen vornehmen musste, blieb die Stadt auf 500 Millionen Euro sitzen. Zudem hat der Senat die Pensionen in Höhe von jährlich 30 Millionen Euro übernommen.

Asklepios hat als Klinikbetreiber seinen Umsatz von 2.150 Milliarden Euro 2006 auf 2.557 Euro 2011 erhöht. Hamburgs Krankenhäuser haben im Jahr einen Umsatz von etwa 1,7 Milliarden Euro. Auf die Asklepios Kliniken entfallen davon 1,1 Milliarde Euro. Damit wuchs auch der Erlös. Von den 29.000 Beschäftigten im Hamburger Krankenhaussektor sind 13.000 bei Asklepios beschäftigt.

Im Frühjahr 2014 fanden in Hamburg Warnstreiks von Klinikmitarbeitern statt. Gemeinsam wurden die Warnstreiks von Mitarbeitern des UKE und der Asklepios Kliniken getragen. Sie forderten höhere Tarife und die Übernahme der Auszubildenden. Zu wenig Personal auf den Stationen, zu wenig Geld für ihre Arbeit und viele Bereitschaftsdienste an Wochenenden einte sie in ihren Forderungen. Die Warnstreiks der Mitarbeiter unterschiedlicher Träger, öffentlich-rechtlich und privatwirtschaftlich, haben gezeigt, die Beschäftigten wollen anständige Arbeitsbedingungen, sichere Arbeitsplätze und eine gute Bezahlung für ihre Arbeit. Und: Die marktwirtschaftlichen Gesetze schlagen voll auf das Gesundheitssystem durch egal welche rechtliche Organisationsform herrscht.

„Wir wollen die Rückführung der Krankenhäuser in die öffentliche Hand erwirken.“

(Aus dem Beschluss des Landesparteitages von 2014)

Dr. Anne Urschll,
Mitglied des Landesvorstandes der Partei **DIE LINKE** Hamburg

Partei und Fraktion wollen in einem gemeinsamen Fachgespräch, einer Fachtagung am 13.11.15, darüber reden, welche Möglichkeiten es gibt, den Beschluss des Landesparteitages mit Leben zu erfüllen. Es gibt in Deutschland Beispiele der gelungenen Rekommunalisierung von Netzen. Es gibt Beispiele wie Bürger die Privatisierung von Krankenhäusern verhindert haben. Es gibt aber bundesweit kein Projekt der Rekommunalisierung von Kliniken in dieser Dimension.

Asklepios ist ein international agierender Konzern mit Hauptsitz der Konzernzentrale in Hamburg. Das Gutachten von Dr. Benjamin Hoff und Daniel Rühmkorf, veröffentlicht über die Fraktion der Bürgerschaft im August 2014, bietet eine gute Grundlage für eine intensive Diskussion. In Mitgliederversammlungen konnten sich die Genossen des Landesverbandes über das Gutachten und seine politische Bedeutung zur Umsetzung des Landesparteitagsbeschlusses informieren. Viele Anregungen bereicherten die Diskussion. Nachdem die Fraktion im Januar des Jahres einen Antrag zur Einsicht in die Kaufverträge gestellt hat, der mehrheitlich von der Bürgerschaft abgelehnt wurde, sind dennoch weitere Anträge einzubringen einschließlich zum Rückkauf der Anteile von Asklepios.

Die Fachtagung am 13.11.15 wird im ersten Teil sich mit grundsätzlichen Fragen der Entwicklung des Gesundheitssystems auseinandersetzen und der öffentliche Daseinsvorsorge. Im zweiten Teil sollen Fragen des Kampfes um das Öffentliche parlamentarisch und außerparlamentarisch diskutiert werden mit einem Ausblick auf Ansätze und Perspektiven für eine Rekommunalisierung des Hamburger Landeskrankenhausbetriebes.